Bildung eines Bürgerbundes.

Die beabsichtigte Gründung eines hallescheu Bürgerbundes auf breitester Grundlage hat sowohl das unabhängige „Volksblatt" als auch die mehrheitssozialistische „Volksstimme" in den letzten Tagen zu Ausfällen gegen das Bürgertum veranlaßt, die mehr durch Gehässigkeit als durch objektive Würdigung der vorliegenden Tatsachen veranlaßt zu sein scheinen. Man glaubt aus dem Rundschreiben, das von dem vorbereitenden Ausschuß für die Reorganisation des bestehenden Bürgerausschusses resp. deßen Umbildung in einen Bürgerbund an einflußreiche Persönlichkeiten unserer Stadt und an berufliche Organisationen gerichtet worden ist, schließen zu können, daß es sich um die Bildung einer reaktionären Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen handelt, die nebenher auch die Absicht verfolgt, die bestehende republikanische Staatsform durch eine Gegenrevolution umzustürzen. Man spricht von einer beabsichtigten Einheitsfront von Minner bis Busse zur Niederzwingung der Sozialdemokratie. Daß die Dinge in Wirklichkeit wesentlich anders liegen, wird jeder zugeben müssen, der das erwähnte Rundschreiben ohne Parteifanatismus und ohne Nervosität geprüft hat. Nachdem die „Volksstimme" und das „Volksblatt" das Rundschreiben im Wortlaut veröffentlicht haben, erscheint es zweckmäßig, es auch den Lesern der übrigen hiesigen Blätter bekanntzugeben. Es lautet folgendermaßen:

„Die vor uns liegenden Wochen und Monate bergen große Gefahren sowohl für das Staatsganze als auch für jeden einzelnen von uns in sich. Politisch wie wirtschaftlich sind wir den größten Spannungen ausgesetzt. Unsere Stadt ist in dieser Beziehung besonders vulkanischer Boden. Der hier bestehenden politischen Aktivität steht das Bürgertum noch ziemlich teilnahmslos gegenüber, obwohl es in seiner Existenz schwerstens gefährdet ist. Es ist höchste Zeit, daß es außerörtlich und sich zu einem kompakten Block — einem Bürgerbund — zusammenschließt. Schon einmal, kurz nach der Revolution, ist der Versuch der Zusammenfassung aller nichtsozialistischen Kreise gemacht worden. Er führte zur Gründung des Bürgerausschusses, der damals seine recht breit gesteckten Ziele erreichte. Im Laufe der Zeit aber ist infolge organisatorischer Fehler sein Einfluß auf das Bürgertum gesunken. Das Bürgertum gliedert sich in einzelne Interessengruppen, die aufeinander keinerlei Rücksicht nehmen. Diese Spaltung im Bürgertum muß zur Katastrophe führen, wenn der Radikalismus unter seinen fanatischen Führern zur Tat schreitet. Zwar bemüht sich die verfassungstreue Arbeiterschaft, ihre demagogisch mißleiteten Kollegen von unbesonnenen Experimenten abzuhalten. Ihre Kraft ist aber nicht stark genug, um einen Schutzwall gegen den Bolschewismus zu bauen. An ihre Seite treten muß die Einheitsfront des Bürgertums, dessen Existenz ja in erster Linie bedroht ist. Mit der größten Energie muß darauf hingearbeitet werden, die wirtschaftlichen und politischen Spaltungen des Bürgertums zu überbrücken. Die Gemeinsamkeit der Interessen ist da. Es kommt nur darauf an, sie der breiten Masse der Bürger deutlich vor Augen zu führen, und zwar auf dem schnellsten Wege, ehe es zu spät ist.

Unter Anlehnung an den bisherigen Bürgerausschuß, dessen Fehler vermieden werden müssen und können, ist eine weitgreifende Neuorganisation des gesamten Bürgertums in Halle nach bewährten Vorbildern der weitaus meisten deutschen Großstädte in die Wege geleitet und wird mit allen Kräften gefördert. Die Parteipolitik soll vollkommen ausgeschaltet werden, da in ihr die stärksten Spaltungsmomente enthalten sind. Es muß der Versuch gemacht werden, die gefährlichen Nebenerscheinungen der Parteikämpfe zu beseitigen und ungeachtet der in Weltanschauungen und Staatsauffassungen wurzelnden Gegensätze das allen Gemeinsame als Sammlungsbasis in den Vordergrund zu bringen. Dieses Gemeinsame liegt auf wirtschaftlichem und kommunalpolitischem Gebiete und erzwingt den Zusammenschluß zum Schutze gegen gemeinsame Gefahren. Das Bürgertum muß sich der Kraft der Geschlossenheit bewußt sein, so daß Erscheinungen vermieden werden, wie sie sich täglich als Folgen der bürgerlichen Lauheit bei den letzten Stadtverordnetenwahlen zeigen.

Auf Grund eingehenden Studiums der Bürgerratsbewegung in anderen Großstädten ist die Sammlung des hallischen Bürgertums von rechts bis in die Reihen der staatserhaltend gesonnenen Arbeiterschaft hinein in die Wege geleitet. Bei der Organisation steht uns die Mitarbeit eines auf dem Gebiete besonders erfahrenen Herrn zur Verfügung. Die Arbeit soll mit größter Intensität betrieben und großzügig durchgeführt werden.

Ehe wir uns an die breiteste Oeffentlichkeit wenden, erscheint es uns aber erwünscht, erst einen kleineren Kreis maßgebender Personen zu interessieren, auf die wir uns agitatorisch wie finanziell stützen können.

Wir hoffen, daß auch Sie für unser Wollen warmes Verständnis haben und bereit sind, uns zu helfen, wenn Sie sehen, daß die Sache zielbewußt und energisch angepackt wird. Darum wenden wir uns vertrauensvoll an Sie mit der Bitte, dem Reorganisationskomitee des Bürgerausschusses bzw. dem Gründungsausschuß des Bürgerbundes beizutreten und durch Ueberweisung einer einmaligen Geldspende zu helfen.

Sie dürfen versichert sein, daß es uns ernst ist mit den angegebenen Zielen, und daß wir alle unsere Kraft daransetzen werden, das Ziel zu erreichen. Wir sind uns dabei der Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, voll und ganz bewußt, haben aber andererseits das feste Vertrauen, daß wir sie überwinden werden.

Auf Wunsch stehen wir zu persönlichen Aufklärungen gern zur Verfügung und bitten, uns eventuell Nachricht zu geben über Ort und Zeit einer gewünschten Rücksprache.

Im Interesse der Sache bitten wir aber um tunlichste Beschleunigung, denn die drohenden Gefahren nötigen zum schnellen Handeln."

Wie liegen danach die Dinge? Wir haben eine Verfassung des Deutschen Reiches, die die republikanische Staatsform festgelegt hat. Auf den Boden dieser Verfassung haben sich alle bürgerlichen Parteien ebenso gestellt wie die Mehrheitssozialdemokratie und ein großer Teil der Unabhängigen. Wenn einzelne Parteien in ihren Parteizielen für eine andere Staatsform eintreten, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß sie die Durchsetzung ihrer Ziele auf verfassungsmäßigem Wege durch Gewinnung einer Volksmehrheit zu erreichen suchen und von gewaltsamen Umsturzversuchen nach dem Muster des Kapp-Putsches nichts wissen wollen. Gegen diese Bestrebungen wird man um so weniger gewaltsam etwas unternehmen können, als sie durch die verfassungsrechtlich gewährleistete Meinungsfreiheit zugelassen sind. Andererseits macht sich bekanntlich in neuerer Zeit ganz besonders in den kommunistischen und radikal-sozialistischen Kreisen das Bestreben geltend, die Massen zu einem gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung und zur Einführung des politischen Rätesystems unter Beseitigung der demokratisch-republikanischen Staatsverfassung zu veranlassen. Die Vertreter dieser Propaganda stellen sich alle bewußt gegen die bestehende Staatsordnung und außerhalb derselben und werden deshalb auch von den auf verfassungsmäßigem Boden stehenden Sozialdemokraten bekämpft. Das ist die politische Seite der Sache. Daneben kommt aber auch eine vorwiegend wirtschaftliche Seite in Frage, und zwar die, welche sich mit der Zertrümmerung der Basis beschäftigt, die dem deutschen Volke heute allein die Möglichkeit bietet, aus den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen auf eine einigermaßen erträgliche Lebensbasis zu kommen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen geht es nicht an, daß das Wirtschaftsleben andauernd erschüttert wird durch Versuche, die Wirtschaftsgrundlage so zu gestalten, daß große Teile des deutschen Volkes zugrunde gehen müssen. Die radikal sozialistischen Kreise gebärden sich so, als ob das ganze deutsche Volk nur aus Anhängern ihrer wirtschaftspolitischen Ideen bestände; sie streben offensichtlich danach, die Arbeiterschaft als bevorrechtete Klasse hinzustellen, die rücksichtslos über alle anderen Teile des Volkes hinweggehen und sie nur noch als Objekt der Gesetzgebung zulassen könne. Diese Kreise, denen bei Durchsetzung der radikalen Ziele die Entrechtung oder gar die Vernichtung droht, haben nicht nur das Recht, sondern die selbstverständliche Pflicht, sich gegen die ihnen drohenden Gefahren zusammenzuschließen. Das und nichts anderes wollen diejenigen, die die Bildung des hallischen Bürgerbundes auf breitester Grundlage in die Hand genommen haben. Auch die Bürgerschaft weiß, daß die Zeit vorbei ist, daß im deutschen Vaterlande gegen die Sozialdemokratie regiert werden kann. Das haben schon im Wahlkampfe sämtliche bürgerliche Parteien zugestanden. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß der Sozialdemokratie das alleinige Recht zusteht, über die Geschicke des deutschen Volkes einseitig zu bestimmen. Es muß noch eine Form gesucht werden, die die durchführbaren sozialistischen Ideen einigermaßen in Uebereinstimmung bringt mit den Interessen der andersdenkenden Volkskreise. Das kann aber nur auf dem Wege der Verhandlungen erfolgen, wie sie gegenwärtig schon mit einigem Erfolge in den verfassungsmäßigen Instanzen gepflogen werden. Die Arbeiterschaft hat bei diesen Verhandlungen insofern ein Uebergewicht, als sie bereits in fest geschlossenen Verbänden auftritt. Es ist aber unbedingt nötig, einen gerechten Ausgleich zu finden. Darum ergeht der Aufruf an das Bürgertum, sich zur Wahrung seiner Interessen ebenso fest zusammenzuschließen, wie es bei der Arbeiterschaft schon der Fall ist. Dabei wird unter Bürgertum nicht nur der Handwerker, der Gewerbetreibende, Kaufmann, Beamte, Industrielle usw. sondern auch der Angestellte und der Arbeiter verstanden, der sich auf verfassungsrechtlichen Boden stellt. Welcher politischen Partei er angehört, spielt dabei gar keine Rolle, wie überhaupt bei der Gründung eines Bürgerbundes parteipolitische Gesichtspunkte vollkommen ausgeschaltet werden. Der Bürgerbund soll nicht eine politische Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie, sondern eine Sammlung der bürgerlichen Elemente zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen bringen. Daß diese Sammlung sich auch gegen Bestrebungen richtet, die sich außerhalb der bestehenden Staatsform stellen und die durch diese Staatsform gewährleistete wirtschaftliche Basis gefährden, ist selbstverständlich. Diese Ziele sind so klar, daß sie wohl jeder einsehen muß, der gerade zu denken vermag. Wir halten die Sammlung des Bürgertums in diesem Sinne für sehr erwünscht und hoffen, daß sie zustandekommen wird. Jeder Bürger sollte es für eine Ehrenpflicht halten, diese Bewegung zu unterstützen. Mitgliedsanmeldungen sind zu richten an den geschäftsführenden Vorstand des Bürgerausschusses für Halle a. d. S. und werden auch in der Geschäftsstelle unseres Blattes entgegengenommen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 12. Oktober 1920.

Parteitag der U. S. P. D.

Gestern abend hielten bereits die beiden feindlichen Gruppen getrennte Vorbesprechungen ab. Schon am Begrüßungsabend ergab sich, daß zwischen den beiden Richtungen eine Spannung besteht, die selbst auf den persönlichen Verkehr abfärbt. Die Anhänger der unbedingten Annahme der Moskauer Bedingungen fühlen sich sicher in der Majorität, die etwa ⅔ beträgt. Ein Vermittlungsvorschlag der Abgeordneten Rosenfeld und Kunert „den Anschluß an Moskau unter Wahrung der Autonomie der U. S. P. zu vollziehen" sucht die auseinanderstrebenden Richtungen zusammenzuhalten. Aber der Antrag dürfte scheitern an dem Fanatismus der Moskaufreunde.

Der Versammlungsraum der Delegierten, der Saal des Volksparkes, gewährt ein buntes Bild: Rednerpult, Tribüne und Emporen sind rot ausgeschlagen, rote Fahnen hängen von der Galerie in den Saal herunter, die Tribüne selbst, auf der der Vorstand sich niedergelassen hat, ist reich mit Blumen geschmückt. Zu beiden Seiten der Tribüne große Gemälde, die Symbole der leidenden Menschheit sein sollen und oberhalb in weithin leuchtenden Lettern die Worte: Die Internationale wird die Menschheit sein. Der Saal selbst ist dicht gefüllt von den endlosen Tafeln, an denen die Delegierten sitzen, und auf den Galerien haben die Pressevertreter Platz gefunden und dichtgedrängt stehen die Scharen der Zuhörer. Nur gegen Ausweis ist Zutritt gestattet. Die Kontrolle ist sehr streng. Delegierte der Kommunistischen Partei, die in den Saal Eingang gefunden hatten, wurden, als eine Abstimmung mehr Stimmen als zugelassene Delegierte ergab, hinausgewiesen.

Um 11 Uhr wurde der Parteitag der Unabhängigen Partei Deutschlands im Volkspark eröffnet.

Genosse Crispien führte in seiner Eröffnungsrede aus: Der Parteitag der Unabhängigen Partei Deutschlands steht, wie die Sozialdemokratie in allen Ländern dem Zusammenbruch des Kapitalismus gegenüber. Oekonomisch hat der Kapitalismus vollständig abgewirtschaftet, politisch aber verfügt er noch über starke Kräfte. Aufgabe des Proletariats für die nächste Zukunft muß sein, dem Kapitalismus auch die politische Macht zu entreißen, um auf Grund der Internationale die Menschheit auf eine höhere Kulturstufe zu heben. Zwingende Gründe liegen vor, uns Klarheit über die Methode des Kampfes sobald wie möglich, Klarheit über unsere Grundsätze und Absichten zu verschaffen, sonst ist es nicht möglich, über den Hauptpunkt unserer Tagesordnung: Die Entscheidung über die Aufnahmebedingungen zur 3. Kommunistischen Internationale im Geiste unserer Partei Stellung zu nehmen. Die russischen Kommunisten stellen uns vor die Frage: soll die U. S. P. bestehen bleiben, oder aufgehen im russischen Kommunismus. Punkt 17 der Bedingungen fordert Namensänderung; er verlangt, daß die revolutionäre Partei jedes Landes sich die Kommunistische Partei nennt und als Sektion der 3. Kommunistischen Internationale zu gelten hat. Soeben kommt mir ein Schreiben von Moskau an alle U. S. P.-Bezirke Deutschlands zu Händen, das schon lange druckfertig vorliegt, soeben aber erst zu unserer Kenntnis kommt. Das ist eine Hinterhältigkeit! (Oho! links, Murren rechts.) Punkt 3 der Moskauer Bedingungen verlangt, daß nur Kommunistische Zeitungen gedruckt und gelesen werden.

Klar und deutlich werden wir zu prüfen und zu entscheiden haben, ob die U. S. P. ihre geschichtliche Mission bereits voll erfüllt hat, oder noch erfüllen muß. Ich bin der Ueberzeugung, daß die U. S. P. als die mächtigste revolutionäre Partei Deutschlands auch die größten Aufgaben zu erfüllen hat. Mit diesem Bewußtsein erkläre ich den Parteitag für eröffnet.

Redner gibt bekannt, daß von der rechten Seite Gen. Dittmann und von der linken Gen. Braß zum Vorsitzenden vorgeschlagen worden sind. Das Büro wird paritätisch zusammengesetzt werden. Gegen die Wahl der Vorgeschlagenen erhebt sich kein Widerspruch.

Hierauf übernimmt Genosse Dittmann den Vorsitz. Es werden von jeder Seite drei Schriftführer und vier Mitglieder der Mandatsprüfungskommission gewählt. Der Vorsitzende gibt sodann die Tagesordnung bekannt: 1. Geschäftsbericht der Zentralleitung (Genossin Zietz). 2. Bericht der Kontrollkommission (Gen. Bock-Leipzig). 3. Die kommunistische Internationale und ihre Aufnahmebedingungen. 4. Wahlen der leitenden Körperschaften.

Genosse Fleißner-Dresden (rechts) beantragt, daß über Punkt 3 der Tagesordnung zuerst verhandelt werde. Nach lebhafter Geschäftsordnungsdebatte entscheidet sich die Versammlung mit 251 gegen 174 Stimmen für die Innehaltung der Tagesordnung, worauf Genossin Luise Zietz mit ihrem Geschäftsbericht beginnt.

(Die Verhandlungen dauern an.)

Der Evangelische Erziehungstag für die Provinz Sachsen.

Der zweite Tag sah am Vormittag den Gesamtvorstand der Provinzialgruppe „Sachsen" des Bundes „Haus und Schule" im Diakonissenhause versammelt. U. a. wies Bundesdirektor Winkler auf die große Gefahr hin, in der die evangelische Erziehungssache schwebt, und zeigte Wege zur Organisation in evangelischen Schulgemeinden und Ortsgruppen des Bundes. Weiter wurde beschlossen, den Evangelischen Erziehungstag zu einer ständigen Einrichtung zu machen, ihn alljährlich am Sonntag nach dem Erntedankfest abzuhalten und ihn durch die Städte der Provinz wandern zu lassen.

In der Hauptversammlung am Nachmittag nahm der Erziehungstag schriftliche und mündliche Grüße entgegen von der heimatlichen Provinzialkirche, dem Hauptvorstande des Bundes „Haus und Schule", der Brandenburgischen Provinzialgruppe, dem Ev.-Soz. Preßverbande, den Franckeschen Stiftungen und dem Ev. Schulverein in der Provinz Sachsen und Anhalt. Sodann ergriff ein Altmeister evangelischer Pädagogik, Geh. Reg.-Rat Prof. Voigt, das Wort zu seinem Vortrage „Die Stellung des Religionsunterrichts zum nationalen Bildungswesen". In tiefgründiger Ausführung wies er nach, daß Religion, und zwar die auf dem Evangelium von dem Gottmenschen Jesus Christus beruhende Religion, dem menschlichen Wesen durchaus angemessen sei, eine religionslose Moral bei näherer Untersuchung sich als Täuschung herausstelle und der geschichtliche Offenbarungsgehalt der christlichen Religion lehrbar sei. Nicht nur Kirche, Schule und Haus, sondern ebenso sehr der Staat, besonders aber der demokratische Staat, bedürfen der christlichen Jugendunterweisung. Der Religionsunterricht erfordere darum im Rahmen des nationalen Bildungswesens völlige Gleichwertung mit allen anderen Unterrichtsfächern. Auf Antrag von Superintendent a. D. Dr. Harnisch, Halle, nahm die Versammlung folgende Entschließung an:

„Nach Anhörung und Besprechung des Vortrages des Herrn Geh. Reg.-Rates Prof. Voigt über die Stellung des Religionsunterrichts im nationalen Bildungswesen erhebt der Evangelische Erziehungstag für die Provinz Sachsen in seiner Hauptversammlung am 11. Oktober 1920 die Forderung, daß dem christlichen Religionsunterricht eine ebenbürtige Stellung neben den anderen Bildungsstoffen innerhalb des nationalen Bildungswesens grundsätzlich zuerkannt und praktisch gewährt werde."

In der Abendversammlung, die Superintendent a. D. Dr. Harnisch mit dem Worte seines verewigten Vaters, des großen Weißenfelser Seminardirektors, eröffnete: „Die Erziehung braucht Stille und Wärme," sprach Bundesdirektor Winkler aus Oels über „Christliche Erziehung und zerstörender Zeitgeist". Nachdem er die christliche Erziehung als die der Wirklichkeit und Wahrheit, des Muts, der Kraft und der weltweitesten Bildung über das Diesseits hinaus geschildert hatte, zeigte er den Zeitgeist als den Geist frecher Zuchtlosigkeit, Autoritäts- und Pietätlosigkeit, der großgezogen durch die Entwicklung des schrankenlosen Diesseitigkeitssinns, des uferlosen Subjektivismus und der vernunftlosen Kritik. Demgegenüber stellen wir die Erziehung zu dem von Gott uns geschenkten Vaterlande, zur völkischen Innerlichkeit und zum christlichen Glaubensgehorsam. Diese schwere Aufgabe ist nur lösbar durch Beterarbeit der Erzieher. Solche fordern wir nicht nur fürs Haus, sondern auch für die Schule. Darum vereinige sich die evangelische Elternschaft zu evangelischen Schulgemeinden, die die Schule mit der Bibel verteidigen. Der Vorsitzende legte der Versammlung nachstehende einstimmig angenommene Entschließung vor:

„In der Ueberzeugung, daß nur die evangelische Schule dem Worte unseres Herrn Jesu Christi und dem Bekenntnis unserer Kirche entspricht und nur sie sich in Gemeinschaft mit dem christlichen Hause zur Bildung fest in sich geschlossener christlicher Persönlichkeiten eignet, verpflichten wir uns nachdrücklich für Erhaltung des evangelischen Charakters unserer Schulen einzutreten und legen den Bundesmitgliedern und allen evangelischen Gemeinden unserer Provinz warm ans Herz, da Gefahr im Verzuge ist, durch recht baldige Bildung von evangelischen Schulgemeinden, soweit sie noch nicht vorhanden sind, dieses für unsere Jugend und unser Volk notwendige und heilsame Ziel mit aller Kraft zu fördern."

Das Wetter der Woche.

(Bericht der Meteorologischen Korrespondenz.)

Nach den warmen und freundlichen Tagen der Vorwoche trat in der Nacht zu Sonntag in ganz Europa eine außerordentlich scharfe Abkühlung ein, der im äußersten Westen des Landes zwar rasch wieder starke Erwärmung folgte, die aber in der östlichen Hälfte Deutschlands die ganze Woche hindurch trotz heiterem und freundlichem Herbstwetter anhielt.

Ursache der Abkühlung bildete die Annäherung eines aus der Polarregion durch Skandinavien südwärts vorgedrungenen Maximums, dessen Höhe zeitweilig 778 Millimeter erreichte, und das aus der Gegend von Spitzbergen kalte Luft in unsere Breiten trug. Bei erst nordöstlichen bis östlichen, später südöstlichen Winden sanken im ganzen östlichen Mitteleuropa die Temperaturen nachts bis in unmittelbare Nähe des Gefrierpunktes, im Bereich des Hochdruckkerns sogar unter Null. Dem Hoch gegenüber lag ein sehr tiefes atlantisches

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201012046/fragment/page=0001

Minimum, dessen niedrigster Druck Sonntag unter 730 Millimeter lag. Infolgedessen wuchsen die kalten Ostwinde zeitweilig zu großer Schärfe an und ließen erst nach, als sich das westliche Tief wesentlich ausgefüllt hatte. Noch Donnerstag vor acht Tagen hatte Frankfurt a. M. einen Sommertag mit nicht weniger als 27 Gr. Wärme gehabt, während am gleichen Tage in Marseille das Quecksilber sogar bis auf 33 Gr. Cels. gestiegen war. Demgegenüber drang mit dem polaren Hoch von Schweden kalte Luft nach Mitteleuropa, und zu Särna in Schweden wurden in der Nacht zum 1. Oktober bereits 3 Gr. Kälte verzeichnet. Nachdem Sonnabend vor acht Tagen Berlin und zahlreiche andere Orte in Deutschland noch 22 Gr. Wärme gehabt hatten, kamen in der folgenden Nacht bereits Temperaturminima bo n2 Gr. Wärme, in der Nacht zu Montag sogar schon Fröste vor, und vielfach blieb sogar das Tagesminimum Sonntag bereits unter 10 Gr. So hatte Hannover am vorigen Sonntag eine Höchsttemperatur von nur 9 Grad. In Ostdeutschland wiederholten sich die Nachtfröste allmählich bis zum Ende der Woche; in der Nacht zu Mittwoch beispielsweise hatte ganz Hinterpommern sowie Ostpreußen 2 Gr. Kälte. Im Westen dagegen drang die atlantische Depression allmählich vor, so daß sich die Winde hier nach Süden drehten und eine rasche Wiedererwärmung bewirkten. Schon Montag wurden in Aachen und Karlsruhe 21 Gr. Wärme erreicht; Dienstag früh lag über Süddeutschland eine verbreitete Nebeldecke, nach deren Auflösung die Temperaturen erneut stiegen. Aachen hatte Dienstag bei Südwind und heiterem Himmel sogar noch einen Sommertag mit 25 Gr. Cels.; auch Mittwoch wurden hier 23 Gr. Wärme erreicht, während in der östlichen Hälfte Deutschlands das Tagesmaximum nirgends 15 Grad nennenswert überschritt. Regenfälle kamen nur im Südwesten und an einigen Orten des westlichen Binnenlandes in ganz geringfügiger Menge vor; auch an der Nordseeküste, wo es am vorigen Sonntag noch geregnet hatte, blieb es nunmehr die ganze Woche hindurch trocken. Donnerstag war das Maximum mit immer noch mehr als 770 Millimeter Höhe nach der Ukraine gelangt; es beherrschte noch ganz Mittel- und Nordeuropa, und zwei selbständige Minima unter 755 Millimeter Tiefe bedeckten die Biskayasee sowie die Britischen Inseln, was in deren gesamtem Bereich warmes Wetter, und zwar ostwärts bis ins Rheingebiet, zur Folge hatte, wogegen es in Mittel- und Ostdeutschland nachts nach wie vor kalt, tagsüber nur während der Stunden des Sonnenscheins mild war.

Da das osteuropäische Maximum aller Wahrscheinlichkeit nach seine Lage noch längere Zeit zu behaupten scheint, wozu schon die in seinem Bereich herrschende Kälte beitragen wird, so dürfte das heitere, trockene Herbstwetter einstweilen unverändert fortdauern, wobei es im äußersten Westen warm, in Ostdeutschland ziemlich kalt bleiben wird. Allmählich dürfte sich aber die Wärmezone unter südlichen Winden über den Rhein hinaus ostwärts auf das mitteldeutsche Gebiet ausbreiten.

Kohlenversorgung.

Der Erlaß einer Verordnung durch den Reichskommissar für die Kohlenversorgung in Berlin über die Neuregelung des Landbezuges im Bezirke der amtlichen Verteilungsstelle für den Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in Halle steht unmittelbar bevor. Das Inkrafttreten der Verordnung am 1. November ist seitens des Reichskohlenkommissars eine beschlossene Tatsache. Die Versorgungsbezirke des Mitteldeutschen Braunkohlengebietes haben nach Kenntnis der Sachlage in letzter Stunde versucht, ihre berechtigten Bedenken gegen diese Verordnung in mündlichen Verhandlungen mit der Amtlichen Kohlenverteilungsstelle Halle und durch persönliche Rücksprache bei dem Reichskohlenkommissar zum Ausdruck zu bringen. Die Verordnung mit ihren scharfen, die Kohlenversorgung allgemein treffenden Bestimmungen abzuwenden, ihr Inkrafttreten bis zum Beginn des nächsten Heizjahres hinauszuschieben, bzw. durch Abänderungsvorschläge die Bestimmungen im allgemeinen Interesse zu mildern, haben die Vertreter der Versorgungsbezirke mit allem Nachdruck zu erreichen versucht — umsonst!

Der Reichskohlenkommissar hält die Verordnung nach seiner Ansicht für gut und deshalb wird sie durchgeführt. Die Versorgungsbezirke des Mitteldeutschen Braunkohlengebietes haben jede Verantwortung für die Folgen, die sich mit Wahrscheinlichkeit aus der Verordnung infolge der Nichtberücksichtigung der von den Vertretern der Versorgungsbezirke gemachten Vorschläge um Anpassung an die verschiedenartigen Verhältnisse in unserem Gebiete und aus der Ersteilung der Verordnung ohne vorherige Anhörung der Versorgungsbezirke, welche die in der Kohlenversorgung gesammelten Erfahrungen gern mit zur Verfügung gestellt haben würden, ergeben, einmütig abgelehnt.

Diese von den Versorgungsbezirken eingenommene Haltung ist von diesen dem Reichskohlenkommissariat und dem Reichswirtschaftsministerium auf dem schnellsten Wege unterbreitet worden. Die Verordnung liegt den Versorgungsbezirken endgültig formuliert augenblicklich noch nicht vor. Ihre Veröffentlichung wird aber in den nächsten Tagen erfolgen.

Es ist von Interesse für die Inhaber von Landabsatzscheinen, schon heute zu erfahren, daß die angekündigte Verordnung die Gültigkeit der sich in ihren Händen befindlichen Landabsatzscheinen über den 1. November 1920 hinaus ausschließt. Den Inhabern von Landabsatzscheinen wird deshalb nahegelegt, die Belieferung bis zum genannten Termine mit den Werken bezw. mit den mit der Anfuhr Beauftragten zu vereinbaren.

Strafkammer.

Eine diebische Elster

ist die 1893 geborene Arbeiterin Anna Balasse, die gegenwärtig eine ihr in Oels zuerkannte Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten verbüßt. Am 28. Oktober v. Js. traf sie hier eine Schulbekanntschaft aus ihrem Dorfe, die Ehefrau eines Schlossers, die sie mit nach ihrer Wohnung nahm und bewirtete. Später gingen beide zusammen fort, da die Ehefrau Besorgungen zu machen hatte; vor dem Fortgehen nahm sie noch Geld aus einem Kleiderschranke in einem Nebenzimmer, wobei die Balasse gesehen haben muß, daß die Frau ein Bündel Fünfzigmarkscheine wieder in den Kleiderschrank legte. Als beide später zu Hause waren und die Ehefrau sich auf etwa 10 Minuten aus dem Zimmer entfernt hatte, muß die Balasse diese Zeit benutzt haben, um aus dem Kleiderschranke das ganze Paket Geld, reichlich 5000 Mark, an sich zu bringen.

Die Balasse ging dann bald. Etwas später entdeckte die Frau zu ihrem nicht geringen Schrecken das Fehlen des Geldes, das nur die Balasse genommen haben konnte. Diese war später in Leipzig in einer anderen Sache festgenommen worden, fand nun vor Gericht, leugnete aber hartnäckig, das Geld genommen zu haben. Da die Angeklagte schon mehrfach wegen Diebstahls bestraft ist, so hielt das Gericht sie nach Lage der Sache für schuldig des Diebstahls im wiederholten Rückfalle, versagte ihr mildernde Umstände und verurteilte sie antragsgemäß zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren.

Die Schnellzüge D 137/138 zwischen Halle und Leipzig (Halle ab 8.32 vormittags und Halle an 10.17) werden mit dem Inkrafttreten des Winterfahrplanes als durchgehende Schnellzüge zwischen Amsterdam und Dresden über Venlo-Heim-Rheine-Löhne-Hannover-Magdeburg gefahren werden.

Roher Mutwille. Ein junger halbwüchsiger Bengel im angetrunkenen Zustande hat Sonntag, nachts gegen 12 Uhr, aus Uebermut im Hause Goethestr. 34 und 6 die zwei Spiegelscheiben der Haustüren mit einem Handknüppel eingeschlagen.

Die „Kammer-Lichtspiele" geben in dieser Woche den sensationellen Abenteuerfilm „Der Kindesraub im Zirkus Buffalo", auf den wir früher schon einmal näher eingegangen sind., „Rolf incognito" ist ein heiteres Lustspiel, welches zeigt, daß ein Detektiv selbst in seinen Ferientagen von Klienten nicht unbelästigt sein kann.

„C. T.-Lichtspiele". Ein reizendes Lustspiel erscheint auf der weißen Wand: „Heiratsbüro Süßlich". Es bringt wohlgelungene Photographien und eine Handlung, die durch köstlichen Humor das Publikum erfreut. Ein ernster Film, der herrlich plastische Bilder bietet, folgt dem heiteren Spiel. Im „Dämon der Welt" schaffen die Künstler schöne Leistungen in Mimik und Spiel. Effektvolle Beleuchtung und Inszenierung tun ein übriges, so daß der „Wirbel des Verbrechens" beachtenswert ist. Hervorgehoben sei das Schlußbild, das die Zuschauer einige recht realistische Vorgänge vergessen und den edlen Zweck dieses Films voll zur Geltung gelangen läßt.

Vereins- und Versammlungskalender der Deutsch-Demokratischen Partei.

Bezirksverein Süd der Deutschen Demokratischen Partei. Donnerstag, 14. Oktober, abends Uhr, Schultheiß, Merseburger Straße. Vorstandssitzung.

Sonnabend, den 16. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet im Schultheiß, Merseburger Straße 10, eine Bezirkstagung der demokratischen Beamten und Lehrer statt. 1. Zusammenschluß der Beamten und Lehrer; 2. Besoldungs- und Beamtenfragen. Referent: Reichstagsabg. C. Delius.

Montag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im oberen Thaliasaal: 1. Vortragsabend im Vortragszyklus „Deutsche Not". Es spricht Landtagsabgeordneter, Eisenbahnarbeiter Ommert-Saarbrücken über „Die Not des Saarlandes". Ommert ist von den Franzosen von Haus und Hof vertrieben worden. Männer und Frauen aller Parteien sind dazu eingeladen.

Freitag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Neumarkt-Schützenhaus: Oeffentliche Versammlung. Es spricht voraussichtlich der Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes Landtagsabgeordneter Riedel, Berlin, über das Thema: „Klassenpolitik oder Demokratie". Näheres wird noch bekanntgegeben.

Montag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, im oberen Thaliasaal: 2. Vortragsabend „Deutsche Not". Reichstagsabgeordneter, Regierungspräsident Poblmann, früher Oberbürgermeister in Kattowitz, spricht über „Oberschlesien, Deutschlands Schicksal." Männer und Frauen aller Parteien sind dazu eingeladen.

Montag, den 1. November, abends 8 Uhr, im oberen Thaliasaal: 3. Vortragsabend „Deutsche Not". Landtagsabgeordneter, Reiter Ruszczynski, Posen, spricht über „Die Ostmark und ihre Not". Zu diesen Vorträgen sind Männer und Frauen aller Parteien eingeladen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. erhoben. Serienkarten für die drei Vorträge „Deutsche Not" zum Preise von 1 Mk. sind im Parteibüro, Leipziger Str. 21 und in der Filiale der Saale-Zeitung, Gr. Ulrichstraße, zu haben.

Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft.
Aktienkapital und Reserven Mk. 250 000 000.
Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692.
Depositenkasse Reilstrasse 133, Fernspr. 6189.
Depositenkasse Wörmlitzerstr. 1, Fernspr. 6676.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Oeffentlicher Vortrag mit Lichtbildern am Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, in der Aula des Reformrealgymnasiums über die Frage der Brennstoffersparnis im Haushalt durch Stadtrat Ecker-München.

Halle, den 11. Oktober 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Merkblatt für Verhaltungsmaßregeln gegenüber elektrischen Freileitungen.

Gültig ab 1. Juli 1914.

Wie verhält man sich gegenüber elektrischen Freileitungen?

Die Berührung aller elektrischen Leitungen ist zu vermeiden.

Nicht nur die Berührung der durch rote Blitzpfeile und durch Warnungsschilder der Masten gekennzeichneten Leitungen ist lebensgefährlich, sondern auch nicht gekennzeichnete Leitungen können unter Umständen, die der Laie nicht beurteilen kann, Gefahren bringen.

Bei allen Arbeiten in der Nähe von elektrischen Leitungen z. B. beim Fällen von Bäumen, beim Aufstellen von Gerüsten für Bauten und Brunnenbohrungen, beim Aufrichten von Leitern zum Obstpflücken und zum Feuerlöschen u. dergl. ist die Berührung der Leitungen, der Isolatoren und der an Holzmasten angebrachten Eisenteile, auch der Ankerdrähte, zu vermeiden.

Müssen Arbeiten in solcher Nähe von elektrischen Leitungen vorgenommen werden, daß eine Berührung vorkommen könnte, so ist die nächste Betriebsstelle der Ueberlandzentrale (des Elektrizitätswerkes) vor Beginn der Arbeiten davon zu verständigen.

Bei Bränden ist die nächste Betriebsstelle sofort zu benachrichtigen. Hochspannungsleitungen sollen nicht angelötet werden.

Transformatorenhäuschen dürfen durch Unbefugte nicht betreten, Leitern an sie nicht angelegt werden.

In der Nähe elektrischer Leitungen Drachen steigen lassen, ist gefährlich, ebenso das Erklettern von Leitungsmasten.

Gerüste, von den Maiten herabhängende oder am Erdboden liegende Leitungen zu berühren, ist gefährlich. Vorübergehende sind in solchen Fällen zu warnen. Die nächste Betriebsstelle der Ueberlandzentrale (des Elektrizitätswerkes) ist auf schnellstem Wege, womöglich telephonisch oder telegraphisch, zu benachrichtigen.

Einen Verunglückten, der noch mit der Leitung verbunden ist, anzufassen, ist lebensgefährlich; nur durch sachgemäßes Eingreifen kann ihm geholfen werden.

Bei der Hilfeleistung ist zu beachten:

Die Leitung ist stromlos zu machen oder der Verunglückte von ihr zu trennen. Er darf dabei nicht an nackten Körperteilen angefaßt werden. Der Helfer muß seine Hände mit einem trockenen Tuch umwickeln (z. B. in die Aermel der ausgezogenen Jacke stecken) und sich wenn möglich, ein trockenes Brett unterlegen.

Bei Bewußtlosen ist so schnell wie möglich künstliche Atmung anzuwenden und bis zu vier Stunden fortzusetzen, wenn nicht inzwischen der Arzt aus sicheren Anzeichen den Tod festgestellt hat.

Zwecks künstlicher Atmung legt man den Verunglückten auf den Rücken, öffnet alle hemmenden Kleidungsstücke und schiebt ein Polster (z. B. einen zusammengerollten Rock) unter die Schultern, faßt mit einer Taschentuch die Zunge des Betäubten, zieht sie kräftig heraus, um die Luftwege frei zu machen, und bindet die Zunge mit dem Tuche an dem Kinn fest. Man kniet hinter dem Verunglückten nieder, das Gesicht dem Verunglückten zugewendet, faßt jedem dessen Arme am Ellenbogen, zieht sie über den Kopf, führt sie zurück und drückt sie an den Brustkasten. Die Bewegungen müssen langsam vorgenommen werden, etwa 15mal in der Minute.

Auf alle Fälle ist schleunigst ein Arzt zu holen.

Wie sollen sich Kinder gegenüber elektrischen Freileitungen verhalten?

1. Du sollst nicht an Leitungsmasten hinaufklettern!
2. Du sollst nicht auf Bäume, Gerüste oder dergl. klettern an denen Freileitungen vorbeiführen!
3. Du sollst nicht auf Transformatorenhäuschen und ihre Umzäunungen klettern!
4. Du sollst in der Nähe von Freileitungen nicht Drachen steigen lassen!
5. Du sollst nie einen von einem Leitungsmast herabhängenden oder am Erdboden liegenden Draht berühren!
6. Du sollst an den zur Versteifung der Leitungsmaste dienenden Verankerungen nicht rütteln oder schaukeln!
7. Du sollst nicht mit Steinen oder anderen Gegenständen nach den Porzellanisolatoren oder nach den Leitungsdrähten werfen!
8. Du sollst Transformatorhäuschen und Schaltträume nicht betreten, auch wenn sie offen stehen und unbewacht sind!
9. Du sollst einen an elektrischen Leitungen verunglückten nicht anfassen, aber du sollst sofort Erwachsene zu Hilfe holen!

Erläuterungen.

Nicht nur die Berührung der durch rote Blitzpfeile und durch Warnungsschilder der Masten gekennzeichneten Leitungen ist lebensgefährlich, sondern auch nicht gekennzeichnete Leitungen können unter Umständen, die der Laie nicht beurteilen kann, Gefahren bringen.

Zu 2. Nicht nur durch die unmittelbare Berührung der Leitungen, sondern auch durch die Berührung von Aesten und Zweigen in der Nähe von Hochspannung führenden Leitungen können Menschen zu Schaden kommen. Besondere Vorsicht ist daher auch beim Abernten der Obstbäume geboten, wenn sie sich in der Nähe von Freileitungen befinden.

Zu 3. An den Transformatorhäusern führen häufig die Leitungen herunter, die beim Erklettern der Häuschen oder Zäune erreichbar sind. Diese Leitungen sind zwar vielfach isoliert, doch bietet auch die Isolierung keinen zuverlässigen Schutz, schon deshalb, weil sie im Freien leicht verwittert und dann von der Spannung durchschlagen wird.

Zu 4. Die Drachenschnüre können, besonders wenn sie etwas feucht sind, im Falle einer Berührung mit einer Leitung den Strom gut leiten und so eine Verletzung oder den Tod des die Drachenschnur haltenden Kindes herbeiführen.

Zu 5. und 9. Wird ein abgerissener, herabhängender Draht einer elektrischen Leitung oder eine andere unregelmäßige Erscheinung an der Einrichtung (Feuererscheinung an einem Mast, ar einer Verankerung, an einer Erdleitung oder an einer Transformatorstation) beobachtet, oder ist jemand durch Berührung mit der elektrischen Einrichtung verunglückt, so ist für unverzügliche Benachrichtigung der Betriebsleitung des Werkes Sorge zu tragen.

Zu 6. und 7. Abreißen von allen möglichen Störungen für den Betrieb des Elektrizitätswerkes kann auf diese Weise das Reißen und Herabfallen der Drähte und damit eine Gefährdung der Vorübergehenden herbeigeführt werden.

Zu 8. Die Transformatoren- und Schaltstationen sollen stets verschlossen gehalten werden, so daß sie Unbefugten unzugänglich sind. Es kann jedoch durch Fahrlässigkeit oder infolge Abbrechens eines Schlüssels oder aus einem sächlichen Grunde doch einmal die Tür eines Transformatorhäuschens unverschlossen bleiben. In einem solchen Falle würde sich da in einer Transformatorstation ein großer Teil der Einrichtung sich unter Hochspannung befindet, ein den Raum betretender Fachunkundiger in unmittelbare Lebensgefahr begeben.

Halle, den 4. Oktober 1920. Die Polizeiverwaltung.

Familien-Nachrichten.

Statt Karten.
Meine Verlobung mit
Frau Helene Neubert
geb. Reetzke
beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen
Halle a. S., den 27. Septbr. 1920.
Paul v. Hoepfner,
Major a. D.
(vom früheren Mansfelder Feldart.-Regt. Nr. 75).

Die Geburt eines kräftigen Jungen zeigen an
Max Neustadt und Frau
Irene geb. Fessler.
Breslau. Charlottenstr. 36.

Metallbetten
Stahldrahtmatratzen. Kinderbetten. Polster an Jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Echte Rindleder-
Marktttaschen
unverwüstlich
nur 50.— M.
C. F. Ritter,
Leipzigerstr. 90.

Statt Karten!
Für die wohltuenden Beweise der Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des Rentiers Wilhelm Roeder, sagen wir unserem herzlichsten Dank.
Die Hinterbliebenen.

Landschaftliche Bank der Provinz Sachsen
Halle a. S., Martinsberg 10 Magdeburg, Kaiserstr. 22
Gewährung von
:: Lombard-Credit ::
Conto-Corrent-Credit

GELD zu verleihen. Keine Unkosten bei Ablehnung.
R. Berger, Berlin W.15
Vertreter gesucht.

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Verein f. Feuerbestattung in Halle a. d. S. u. Umgegend e. V.
Mitgliederzahl etwa 1560. Jahresbeitrag 5 Mk.
Wir unterstützen unsere Mitglieder bez. deren Angehörige mit Rat und Auskunft in allen Fragen der Einäscherung und zahlen zu den Einäscherungskosten je nach der Dauer der Mitgliedschaft M. 30.— bis M. 100.— Zuschuss. Anmeldungen neuer Mitglieder, sowie Anfragen aller Art sind jetzt zu richten an den Vorstand, Forsterstr. 57, Fernruf 3817. Der Vorstand.

H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.
Erstes Spezialgeschäft für gute Strumpfwaren und Trikotagen.

Donnerstag, d. 14. Oktober, nimmt unsere Geschäftsstelle Wohnungsbewerbungen entgegen. Bauverein für Kleinwohnungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201012046/fragment/page=0002